

DPG-Rundbrief – Oktober 2019

Präsident
Nazih Musharbash
Vizepräsidenten
Dr. Detlef Griesche
Ursula Mindermann
Gisela Siebourg
Dr. Ribhi Yousef

Pressemitteilung

DPG verurteilt die Angriffe in Halle

Das Präsidium und die Mitglieder der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V. sind entsetzt über den Anschlag auf die Synagoge in Halle und verurteilen die brutale Tötung und die Verletzungen von unschuldigen Menschen auf das schärfste. Die DPG spricht sich ausdrücklich gegen jeglichen Antisemitismus und Fremdenhass aus.

Am 2.10.2019 unternahm unsere DPG-Vizepräsidentin Ursula Mindermann eine private Reise nach Israel/Palästina. Am Flughafen Tel Aviv wurde ihr die Einreise verweigert.



Sie wurde in einen Befragungsraum gebracht und verhört, ihr Gesicht fotografiert und mit Aufnahmen von Checkpoints, Demos usw. abgeglichen. Daraufhin wurde ihr vorgehalten, wann sie wo gewesen war. Anschließend wurde sie als „Aktivistin“ bezeichnet. Die Verhöre fanden mit Unterbrechungen ab halb drei Uhr nach Mitternacht bis morgens um halb sieben statt. Dann wurde ihr die Erklärung zur Ausweisung zur Unterschrift vorgelegt. Danach wurde sie zum Flugzeug eskortiert. Dem (deutschen) Piloten, der sie zurück nach Deutschland flog, wurde ihr Reisepass überreicht.

Ursula Mindermann ist in der Tat eine Aktivistin - eine Friedensaktivistin. Sie hat mehrere humanitäre Projekte im besetzten Palästina initiiert und betreut, sich für eine Verbesserung der Lebensqualität von unter der israelischen Besatzung leidenden palästinensischen Familien eingesetzt.

Ursula Mindermann bereist regelmäßig Israel und Palästina. Neben einer eigenen Fotoausstellung über den Alltag in Palästina hat Ursula Mindermann Projekte unter dem Motto „Aus Palästina für Palästina“ initiiert. Hauptziel dieser Projekte ist es, die wirtschaftliche Situation von Familien und Bauern zu verbessern, Vermarktung von palästinensischen Produkten zu ermöglichen und das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu praktizieren.

<http://dpg-netz.de/projekte-in-palaestina/>

Die DPG verurteilt die Einreiseverweigerung und stellt erneut fest, dass die israelischen Behörden keine Beobachter dulden, die über die wahren Gegebenheiten in den besetzten Gebieten berichten.

Bad Iburg, den 5.10.2019
Nazih Musharbash
Präsident

**Vizepräsidentin der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft
Ursula Mindermann wurde die Einreise nach Israel verweigert**

Telgte – 10.10.2019

Ursula Mindermann, die sich seit vielen Jahren für Palästina engagiert, wurde jetzt die Einreise nach Israel verweigert.

Von Julius Schwerdt

https://www.azonline.de/Muensterland/3991401-Vizepraesidentin-der-Deutsch-Palaestinensichen-Gesellschaft-Ursula-Mindermann-wurde-die-Einreise-nach-Israel-verweigert?utm_source=WhatsApp&utm_medium=Shared-Link

Anmerkung zum Zeitungsartikel:

Es gibt folgende Gründe/Absichten für eine Einreise: Arbeit, Geschäft oder Tourismus. Es ist also folgerichtig, dass ich Tourismus angebe. Weder verdiene ich in Israel oder Palästina Geld, noch bin ich dort berufstätig. Ich bin eine ehrenamtlich engagierte Touristin, die durch das Land reist, fotografiert und sich und andere über Dinge informiert, die sie dort sieht und erlebt und sich in Palästina auch um die angestoßenen und umgesetzten Projekte kümmert. Ich wollte nach Israel privat und nicht für eine NGO einreisen. Ich war weder in meiner Eigenschaft als DPG- Vizepräsidentin oder Kreistagsabgeordnete unterwegs. Deshalb ist keine Lüge, wie es die israelische Botschaft sagt, Tourismus als Reisegrund anzugeben.

Es ist bitter, dieses wunderbare Land mit den liebgewonnenen Menschen wohl nicht mehr betreten zu dürfen. Interessant an dieser Stelle wäre auch, zu erfahren, wie vielen Menschen die Einreise auch verwehrt wurde und wird. Ich habe mich bei all dem, was ich in Palästina machte, bemüht, sachlich über Geschehnisse, Menschen und das Land zu berichten und es mit Bildern zu untermauern. Weder liegt mir an einer Verurteilung Israels noch an einer Einmischung in die Politik beider Länder. Trotzdem müssen Dinge angesprochen und dargestellt werden dürfen, auch, wenn sie für ein Land nicht positiv sind. Wenn das verhindert werden soll, wenn ein Land davor Angst hat, sollten jedoch andere Fragen gestellt werden dürfen. Gerade unter Freunden.

gez. Ursula Mindermann